



INFO: Dalit Solidarität

No.16

Noch einmal: Indien wird im März heftig vom CERD-Komitee kritisiert - was bleibt?

In der letzten Nummer der Dalit-Info hatten wir schon über den Ausgang der Sitzung des CERD-Komitees im Februar berichtet. Um für Sie alle die Bedeutung dieses Vorgangs besser einschätzbar zu machen, habe ich 2 Dokumente aus Wikipedia über die Arbeitsweise des CERD-Komitees überarbeitend zusammengefasst und ebenso das gesamte Dokument der „Concluding Observations“, in dem fast alle Aspekte der kastenbedingten Diskriminierung angesprochen werden.

Es ist letztlich unbegreiflich, warum auch die eher liberalere UPA-Regierung international so unbeweglich ist und das Risiko negativer Bewertungen ihrer Aktionen durch UN-Körperschaften auf sich nimmt, wo sie doch gerade dabei ist, sich dort mehr Einfluss verschaffen zu wollen (ständiger Sitz im Sicherheitsrat). Da kommt doch eigentlich jede kritische Anmerkung aus irgendeinem UN-Gremium ungelegen.

In diesem Zusammenhang ist es von großer Bedeutung, dass bereits im April Indien wieder einen Bericht über die Umsetzung der Menschenrechte abgeben muss: vor dem neu konstituierten Menschenrechtsrat im Rahmen des sogenannten „Universal Periodic Review“-Prozesses. Wir werden vom „Internationalen Dalit Solidaritäts Netzwerk“ aus alles tun, um dabei Indien wieder schlecht aussehen zu lassen.

Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (ICERD)

Das „Internationale Übereinkommen (Konvention) zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung“ (**International Convention on the Elimination of Racial Discrimination - ICERD**) ist eines der sieben Menschenrechtsabkommen der Vereinten Nationen und richtet sich gegen Diskriminierung aufgrund von Rasse, Hautfarbe, Abstammung, nationaler und ethnischer Herkunft. Dieser völkerrechtliche Vertrag wurde am 21. Dezember 1965 von der UN-Generalversammlung verabschiedet und trat als erstes der sieben Menschenrechtsabkommen in Kraft - am 4. Januar 1969, sieben Jahre vor den für das Menschenrechtssystem der UNO grundlegenden Abkommen Sozialpakt und Zivilpakt. Bis 2006 hatten 170 Staaten die Konvention ratifiziert, darunter auch Indien.

Vertragsgegenstand und aus dem Abkommen erwachsende Verpflichtungen

Vertragsgegenstand ist nicht nur die Diskriminierung aufgrund von „Rasse“, sondern auch aufgrund weiterer Merkmale: Hautfarbe, **Abstammung**, nationaler und ethnischer Herkunft. Nicht erfasst werden die Kriterien Sprache, Religion, politische und sonstige Anschauung, oder Geburt. Die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts ist Gegenstand der Frauendiskriminierungskonvention. Diskriminierung bedeutet nach Artikel 1 der Konvention jede auf den genannten Merkmalen beruhende „Unterscheidung, Ausschließung, Beschränkung oder Bevorzugung“ mit dem Ziel oder der Folge, „dass dadurch ein gleichberechtigtes Anerkennen, Genießen oder Ausüben von Menschenrechten oder der Grundfreiheiten“ im Bereich des öffentlichen Lebens „vereitelt oder beeinträchtigt“ wird.

Die Beitrittsstaaten müssen das Abkommen in ihre nationale Gesetzgebung aufnehmen und umsetzen: Rassistische Handlungen und Gesetze sowie die Verbreitung rassistischer Ideen müssen verboten sein. Rassenhass und rassistischer Propaganda muss entgegnet werden. Es legt den Vertragsstaaten auf, einen wirksamen Rechtsschutz und gegebenenfalls angemessene Entschädigung zu leisten. Sie sind verpflichtet, Maßnahmen zum Abbau von Vorurteilen und zur Förderung der Verständigung zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu ergreifen. **Artikel 2 Absatz 2 sieht eine „Positvdiskriminierung“, d.h. Fördermaßnahmen zum Schutz diskriminierter Gruppen vor, bis ihre Gleichberechtigung erreicht worden ist.**

Überwachung der Einhaltung des Abkommens

Über die Umsetzung dieser Verpflichtungen wacht das zuständige Vertragsorgan, der UN-Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung (**Committee on the Elimination of Racial Discrimination, CERD**). Er besteht aus 18 gewählten, unabhängigen Sachverständigen, die jeweils für vier Jahre gewählt werden und sich durch anerkannte Unparteilichkeit auszeichnen müssen. Der Ausschuss tagt zweimal jährlich für etwa drei Wochen in den Genfer UN-Gebäuden.

Im Rahmen seines Mandats hat der Ausschuss drei Mechanismen der Intervention zur Verfügung, das **Staatenberichtsverfahren**, das **Staatenbeschwerdeverfahren** und das **Individualbeschwerdeverfahren**.

1. Das *Staatenberichtsverfahren*: Die überwiegende Tätigkeit des Komitees besteht in der Beurteilung der regelmäßig von den Vertragsstaaten vorzulegenden Berichten. Laut Konvention sind diese verpflichtet, im Abstand von zwei Jahren umfassende Berichte („*Staatenberichte*“) über den Stand der Verwirklichung des Abkommens einzureichen. Da diese Forderung in der Vergangenheit so gut wie nie eingehalten wurde, wird den Vertragsstaaten in der Praxis zugestanden, dass sie jeweils zwei Berichte zusammenfassen, sodass sich in der Praxis ein Berichtsrhythmus von vier bis fünf Jahren ergibt. Akteure der Zivilgesellschaft können ebenfalls Berichte einreichen (*sog. Schatten- oder alternative Berichte*) und an den Sitzungen teilnehmen (Zuhörer-, aber kein Rederecht). Inzwischen sind diese eine wichtige und hochgeschätzte Informationsquelle für die Ausschussmitglieder. Der Ausschuss untersucht die eingehenden Berichte während seiner Sitzungsperioden, kann dazu weitere Auskünfte verlangen und verabschiedet in der Folge seine „*abschließenden Beobachtungen*“ (*Concluding Observations*), die aus einer Auflistung der positiven und der besorgniserregenden Entwicklungen sowie einer Reihe von Empfehlungen an die jeweilige Regierung bestehen.

2. Das *Staatenbeschwerdeverfahren*: Die Beschwerden eines Vertragsstaats über einen anderen werden in einer vom Ausschuss eigens eingesetzten Vergleichskommission verhandelt. Diese formuliert abschließend ihre Empfehlungen, die den beteiligten Staaten übermittelt werden. Wegen seiner Schwerfälligkeit kam diesem Verfahren in der Praxis bisher noch kaum Bedeutung zu.

3. Das *Individualbeschwerdeverfahren*: Einzelpersonen aus dem Hoheitsgebiet des Vertragsstaats haben die Möglichkeit, wegen einer rassistischen Diskriminierung, die sie erfahren haben, Beschwerde zu führen. Das geht nur dann, wenn alle Möglichkeiten innerstaatlichen Rechtsbehelfs erschöpft sind. Der Vertragsausschuss behandelt die in diesem Zusammenhang an ihn gerichteten Petitionen. Er übermittelt seine etwaigen Vorschläge und Empfehlungen dem Beschwerdeführer und dem betroffenen Vertragsstaat. Der Vertragsstaat muss sich zuvor allerdings gegenüber dem UN-Generalsekretär grundsätzlich mit diesem Mechanismus einverstanden erklärt haben. Das haben bislang nur 45 Staaten getan - Indien nicht. Es wird aber in den jetzigen Empfehlungen dazu aufgefordert.

In Fällen von besonderer Dringlichkeit kann der Ausschuss zu sog. Frühwarnmaßnahmen (Early Warning Measures) oder Eilverfahren (Urgent procedures) greifen. Diese haben ebenfalls die Form von Entschlüssen des Ausschusses oder von Briefen an die Regierung des jeweiligen Vertragsstaats.

Bei keinem der drei Verfahren sieht das Abkommen Sanktionsmöglichkeiten vor. **Die Umsetzung der Empfehlungen kann also nicht erzwungen werden, dennoch haben sie als offizielle Stellungnahmen eines UN-Gremiums ein ernstzunehmendes Gewicht.**

(Quelle: Wikipedia; von wh zusammengefasst und leicht verändert)

CONSIDERATION OF REPORTS SUBMITTED BY STATES PARTIES UNDER ARTICLE 9 OF THE CONVENTION

Concluding observations of the Committee on the Elimination of Racial Discrimination INDIA

1. The Committee considered the fifteenth to nineteenth periodic reports of India (CERD/C/IND/19) submitted in one document at its 1796th and 1797th meetings⁵ (CERD/C/SR.1796 and 1797), held on 23 and 26 February 2007. At its 1809th meeting (CERD/C/SR.1809), held on 6 March 2007, it adopted the following concluding observations.

A. Introduction

2. The Committee welcomes the report submitted by India and the opportunity thus offered to reengage in a dialogue with the State party. It also welcomes the answers the delegation gave in response to some of the Committee's questions and expresses the hope that the dialogue with the State party will be pursued in a constructive and cooperative spirit.

B. Positive aspects

3. The Committee notes with appreciation the comprehensive constitutional provisions and other legislation of the State party to combat discrimination, including discrimination based on race and caste.

4. The Committee welcomes the special measures adopted by the State party to advance the equal enjoyment of rights by members of scheduled castes and scheduled tribes, such as reservation of seats in Union and State legislatures and of posts in the public service.

5. The Committee welcomes the establishment of institutions responsible for the implementation of anti-discrimination legislation such as the Scheduled Castes and Scheduled Tribes (Prevention of Atrocities) Act (1989) and for the monitoring of acts of discrimination and violence against members of scheduled castes and scheduled tribes, including the Ministry of Social Justice and Empowerment, the Union and State Parliamentary Committees on Social Justice, the Ministry of Tribal Affairs, and the National Commissions on Scheduled Castes and on Scheduled Tribes.

6. The Committee notes with appreciation the declaration of the Indian Prime Minister before the Dalit Minority International Conference in New Delhi on 27 December 2006 that "the only parallel to the practice of 'Untouchability' was Apartheid in South Africa." Such a declaration underlines the renewed commitment to address the discriminatory practice of "Untouchability".

7. The Committee welcomes the fact that the State party hosts an important number of refugees of different national and ethnic origins, including Tibetan, Sri Lankan and

and ethnic origins, including Tibetan, Sri Lankan and Chakma, as well as Afghan and Myanmar refugees under UNHCR care.

C. Concerns and recommendations

8. The Committee takes note of the State party's position that discrimination based on caste falls outside the scope of article 1 of the Convention. However, after an extensive exchange of views with the State party, the Committee maintains its position expressed in General Recommendation No. 29 "that discrimination based on 'descent' includes discrimination against members of communities based on forms of social stratification such as caste and analogous systems of inherited status which nullify or impair their equal enjoyment of human rights."¹ Therefore, the Committee reaffirms that discrimination based on the ground of caste is fully covered by article 1 of the Convention.

9. The Committee regrets the lack of information in the State party's report on concrete measures taken to implement existing anti-discrimination and affirmative action legislation, as well as on the *de facto* enjoyment by members of scheduled castes and scheduled and other tribes of the rights guaranteed by the Convention. (arts. 2 and 5)

Notwithstanding the above mentioned legal position of the State party, the Committee invites it to include in its next periodic report detailed information on measures taken to implement anti-discrimination and affirmative action legislation, disaggregated by caste, tribe, gender, State/district and rural/urban population. The State party should also provide disaggregated data on the percentages of the Union, State and district budgets allocated for that purpose and on the effects of such measures on the enjoyment by members of scheduled castes and scheduled and other tribes of the rights guaranteed by the Convention.

10. The Committee notes with concern that the State party does not recognize its tribal peoples as distinct groups entitled to special protection under the Convention. (arts. 1 (1) and 2)

The Committee recommends that the State party formally recognize its tribal peoples as distinct groups entitled to special protection under national and international law, including the Convention, and provide information on the criteria used for determining the membership of scheduled and other tribes, as well as on the National Tribal Policy. In this regard, the Committee refers the State party to its General Recommendation No. 23.²

11. The Committee is concerned that the so-called denotified and nomadic tribes, which were listed for their alleged "criminal tendencies" under the former Criminal Tribes Act (1871), continue to be stigmatized under the Habitual Offenders Act (1952). (art. 2 (1) (c))

The Committee recommends that the State party repeal the Habitual Offenders Act and effectively rehabilitate the denotified and nomadic tribes concerned.

12. The Committee notes with concern that the State party has not implemented the recommendations of the Committee

to Review the Armed Forces (Special Powers) Act (1958) to repeal the Act, under which members of the armed forces may not be prosecuted unless such prosecution is authorized by the Central Government and have wide powers to search and arrest suspects without a warrant or to use force against persons or property in Manipur and other north-eastern States which are inhabited by tribal peoples. (arts. 2 (1) (c), 5 (b), (d) and 6)

The Committee urges the State party to repeal the Armed Forces (Special Powers) Act and to replace it "by a more humane Act," in accordance with the recommendations contained in the 2005 report of the above Review Committee set up by the Ministry of Home Affairs. It also requests the State party to release the report.

13. The Committee notes with concern that, despite the formal abolition of "Untouchability" by Article 17 of the Indian Constitution, *de facto* segregation of Dalits persists, in particular in rural areas, in access to places of worship, housing, hospitals, education, water sources, markets and other public places. (arts. 3 and 5)

The Committee urges the State party to intensify its efforts to enforce the Protection of Civil Rights Act (1955), especially in rural areas, including by effectively punishing acts of "Untouchability", to take effective measures against segregation in public schools and residential segregation, and to ensure equal access for Dalits places of worship, hospitals, water sources and any other places or services intended for use by the general public.

14. The Committee is concerned about reports of arbitrary arrest, torture and extrajudicial killings of members of scheduled castes and scheduled tribes by the police, and about the frequent failure to protect these groups against acts of communal violence. (arts. 5 (b) and 6)

The Committee urges the State party to provide effective protection to members of scheduled castes and scheduled and other tribes against acts of discrimination and violence, introduce mandatory training on the application of the Scheduled Castes and Scheduled Tribes (Prevention of Atrocities) Act (1989) for police, judges and prosecutors and take disciplinary or criminal law measures against police and other law enforcement officers who violate their duty of protection and/or investigation in relation to crimes against scheduled castes and scheduled and other tribes.

15. The Committee is concerned about the alarming number of allegations of acts of sexual violence against Dalit women primarily by men from dominant castes, in particular rape, and about the sexual exploitation of Dalit and tribal women who are being trafficked and forced into prostitution. (art. 5 (b))

The Committee urges the State party to effectively prosecute and punish perpetrators of acts of sexual violence and exploitation of Dalit and tribal women, sanction anyone preventing or discouraging victims from reporting such incidents, including police and other law enforcement officers, take preventive measures such as police training and public education campaigns on the criminal nature of such acts, and provide legal, medical and psychological assistance, as well as compensation, to victims. The State party should also consider adopting vic-

¹ CERD, 61st session (2002), General Recommendation No. 29: Article 1, paragraph 1, of the Convention (Descent), preamble.

² CERD, 51st session (1997), General Recommendation No. 23: *Indigenous Peoples*.

of Civil Rights Act (1955) and establishing special court chambers and task forces to address these problems.

16. While taking note of the mass influx of refugees in India, the Committee is concerned that the State party has not acceded to the 1951 Convention Relating to the Status of Refugees and its 1967 Protocol and that it has not yet adopted any specific refugee legislation. (art. 5 (b))

The Committee recommends that the State party consider acceding to the 1951 Convention Relating to the Status of Refugees and its 1967 Protocol and enact a comprehensive legal framework governing the treatment of refugees.

17. The Committee notes with concern reports that Dalit candidates, especially women, are frequently forcibly prevented from standing for election or, if elected, forced to resign from village councils or other elected bodies or not to exercise their mandate, that many Dalits are not included in electoral rolls or otherwise denied the right to vote, and that public service posts reserved for scheduled castes and scheduled tribes are almost exclusively filled in the lowest category (e.g. sweepers). The Committee is also concerned that scheduled castes and scheduled and other tribes are underrepresented in the Union, State and local governments and legislatures, as well as in the public service. (arts. 5 (c) and 2 (2))

The Committee recommends to the State party to effectively enforce the reservation policy; to ensure the rights of members of scheduled castes and scheduled and other tribes to freely and safely vote and stand for election and to fully exercise their mandate if elected to their reserved seats; to apply the reservation policy to all categories of public service posts, including the highest, and to extend it to the judiciary; to ensure adequate representation of scheduled castes, scheduled and other tribes and ethnic minorities in Union, State and local governments and legislatures; and to provide updated statistical data on such representation in its next periodic report.

18. The Committee is concerned about the persistence of social norms of purity and pollution which *de facto* preclude marriages between Dalits and non-Dalits; it is also concerned about violence and social sanctions against inter-caste couples and the continuing practices of child marriage and dowry, and *devadasi* whereby mostly Dalit girls are dedicated to temple deities and forced into ritualised prostitution. (art. 5 (d) (iv) and 5 (b))

The Committee urges the State party to effectively enforce the prohibition of child marriage, the Dowry Prohibition Act (1961) and State laws prohibiting the practice of devadasi. The State party should punish such acts and acts of discrimination or violence against inter-caste couples and rehabilitate victims. Furthermore, it should conduct training and awareness raising campaigns to sensitize police, prosecutors, judges, politicians, teachers and the general public as to the criminal nature of such acts.

19. The Committee notes that the State party does not fully implement the right of ownership, collective or individual, of the members of tribal communities over the lands traditionally occupied by them in its practice concerning tribal peoples. It is also concerned that large scale projects such as the construction of several dams in Manipur and other north-eastern States on territories primarily inhabited by tribal communities, or of the Andaman Trunk Road, are

carried out without seeking their prior informed consent. These projects result in the forced resettlement or endanger the traditional lifestyles of the communities concerned. (art. 5 (d) (v) and 5 (e))

The Committee urges the State party to fully respect and implement the right of ownership, collective or individual, of the members of tribal communities over the lands traditionally occupied by them in its practice concerning tribal peoples, in accordance with ILO Convention 107 on Indigenous and Tribal Populations (1957). The State party should seek the prior informed consent of communities affected by the construction of dams in the Northeast or similar projects on their traditional lands in any decision-making processes related to such projects and provide adequate compensation and alternative land and housing to those communities. Furthermore, it should protect tribes such as the Jarawa against encroachments on their lands and resources by settlers, poachers, private companies or other third parties and implement the 2002 order of the Indian Supreme Court to close the sections of the Andaman Trunk Road that run through the Jarawa reserve.

20. The Committee is concerned about reports that Dalits are often denied access to and evicted from land by dominant castes, especially if it borders land belonging to such castes, and that tribal communities have been evicted from their land under the 1980 Forest Act or in order to allow private mining activities (art. 5 (d) (v) and 5 (e) (i) and (iii)).

The Committee recommends that the State party ensure that Dalits, including Dalit women, have access to adequate and affordable land and that acts of violence against Dalits due to land disputes are punished under the Scheduled Castes and Scheduled Tribes (Prevention of Atrocities) Act (1989). The State party should also ensure that tribal communities are not evicted from their lands without seeking their prior informed consent and provision of adequate alternative land and compensation, that bans on leasing tribal lands to third persons or companies are effectively enforced, and that adequate safeguards against the acquisition of tribal lands are included in the Recognition of Forest Rights Act (2006) and other relevant legislation.

21. The Committee notes with concern that Dalits who convert to Islam or to Christianity to escape caste discrimination reportedly lose their entitlement under affirmative action programmes, unlike converts who become Buddhists or Sikhs. (arts. 5 (d) (vii) and 2 (2))

The Committee recommends that the State party restore the eligibility for affirmative action benefits of all members of scheduled castes and scheduled tribes having converted to another religion.

22. The Committee is concerned about reports that Dalits were denied equal access to emergency assistance during the post-tsunami relief, while noting that, according to the State party, those allegations merely concern isolated cases. (arts. 5 (e) and 2 (1) (a))

The Committee recommends to the State party to investigate all alleged cases in which Dalits were denied assistance or benefits equal to that received by caste fishermen or cases in which they were otherwise discriminated against during the post-tsunami relief and rehabilitation process and to compensate or

retroactively grant such benefits to the victims of such discrimination.

23. The Committee notes with concern that very large numbers of Dalits are forced to work as manual scavengers and child workers and are subject to extremely unhealthy working conditions and exploitative labour arrangements, including debt bondage. (art. 5 (e) (i) and (iv))

The Committee recommends that the State party effectively implement the Minimum Wages Act (1948), the Equal Remuneration Act (1976), the Bonded Labour (System) Abolition Act (1976), the Child Labour (Prohibition and Regulation) Act (1986) and the Employment of Manual Scavengers and Construction of Dry Latrines (Prohibition) Act (1993). The State party should also adopt measures to enhance Dalits' access to the labour market, e.g. by extending the reservation policy to the private sector and issuing job cards under the National Rural Employment Guarantee Scheme to Dalit applicants, and report on the effects of the measures taken on the employment and working conditions of Dalits in its next periodic report.

24. The Committee is concerned about reports that members of scheduled castes and scheduled and other tribes are disproportionately affected by hunger and malnutrition, infant, child and maternal mortality, sexually transmitted diseases, including HIV/AIDS, tuberculosis, diarrhoea, malaria and other water borne diseases and that health care facilities are either unavailable in tribal areas or substantially worse than in non-tribal areas. (art. 5 (e) (iv))

The Committee recommends that the State party ensure equal access to ration shops, adequate health care facilities, reproductive health services, and safe drinking water for members of scheduled castes and scheduled and other tribes and to increase the number of doctors and of functioning and properly equipped primary health centres and health sub-centres in tribal and rural areas.

25. While noting the constitutional guarantee of free and compulsory education for all children up to the age of 14 and the rapid growth of the literacy rate among Dalits, in particular girls, the Committee remains concerned about the high dropout rate among Dalit pupils at the primary and secondary levels, reports of classroom segregation and discrimination against Dalit pupils, teachers and mid-day meal cooks, and the poor infrastructure, equipment, staffing and quality of teaching in public schools attended by Dalit and tribal children. (art. 5 (e) (v))

The Committee recommends that the State party take effective measures to reduce dropout and increase enrolment rates among Dalit children and adolescents at all levels of schooling, e.g. by providing scholarships or other financial subsidies and by sensitizing parents as to the importance of education, combat classroom segregation and discrimination against Dalit pupils and ensure non-discriminatory access to the Mid-Day Meal Scheme, adequate equipment, staffing and quality of teaching in public schools, as well as physical access by Dalit and tribal pupils to schools in dominant caste neighbourhoods and armed conflict areas.

26. The Committee notes with concern allegations that the police frequently fail to properly register and investigate complaints about acts of violence and discrimination against members of scheduled castes and scheduled

tribes, the high percentage of acquittals and the low conviction rate in cases registered under the Scheduled Castes and Scheduled Tribes (Prevention of Atrocities) Act (1989), and the alarming backlog of atrocities cases pending in the courts. (art. 6)

The Committee urges the State party to ensure that members of scheduled castes and scheduled and other tribes who are victims of acts of violence and discrimination have access to effective remedies and, to that effect, encourage victims and witnesses to report such acts and protect them from acts of retaliation and discrimination; ensure that complaints under the Scheduled Castes and Scheduled Tribes (Prevention of Atrocities) Act (1989) and other criminal law provisions are properly registered and investigated, perpetrators prosecuted and sentenced and victims compensated and rehabilitated; and establish and make operational special courts trying atrocity cases as well as committees monitoring the implementation of the Scheduled Castes and Scheduled Tribes (Prevention of Atrocities) Act in all States and districts, as mandated by the Act. In this regard, the State party is invited to include in its next report information on the number and nature of complaints registered, the convictions and sentences imposed on perpetrators, and the remedies and assistance provided to victims of such acts.

27. The Committee notes with concern that caste bias as well as racial and ethnic prejudice and stereotypes are still deeply entrenched in the minds of wide segments of Indian society, particularly in rural areas. (art. 7)

The Committee recommends that the State party strengthen its efforts to eradicate the social acceptance of caste-based discrimination and racial and ethnic prejudice, e.g. by intensifying public education and awareness raising campaigns, incorporating educational objectives of inter-caste tolerance and respect for other ethnicities, as well as instruction on the culture of scheduled castes and scheduled and other tribes, in the National Curriculum Framework, and ensuring adequate media representation of issues concerning scheduled castes, tribes and ethnic minorities, with a view to achieving true social cohesion among all ethnic groups, castes and tribes of India.

28. The Committee recommends that the State party consider ratifying ILO Convention No. 169 concerning Indigenous and Tribal Peoples in Independent Countries.

29. The Committee recommends that the State party take into account the relevant provisions of the Durban Declaration and Programme of Action when implementing the Convention in its domestic legal order, particularly as regards Articles 2 to 7 of the Convention. The Committee also urges that the State party include in its next periodic report information on action plans and other measures taken to implement the Durban Declaration and Programme of Action at the national level.

30. The Committee notes that the State party has not made the optional declaration provided for in Article 14 of the Convention, and invites it to consider doing so.

31. The Committee strongly recommends that the State party ratify the amendments to Article 8, paragraph 6, of the Convention, adopted on 15 January 1992 at the Fourteenth Meeting of States Parties to the Convention and endorsed by the General Assembly in its resolution

47/111. In this regard, the Committee refers to General Assembly resolution 59/176 of 20 December 2004, in which the Assembly strongly urged States parties to accelerate their domestic ratification procedures with regard to the amendment, and to notify the Secretary-General expeditiously in writing of their agreement to the amendment.

32. The Committee recommends that the reports of the State party be made readily available to the public at the time of their submission, and that the observations of the Committee with respect to these reports be similarly translated into Hindi and, to the extent possible, other official languages of India, and publicized.

33. The Committee invites the State party to submit its core document in accordance with the requirements of the Common Core Document in the Harmonised Guidelines on Reporting, recently approved by the international human rights treaty-bodies (HRI/MC/2006/3 and Corr.1).

34. Pursuant to Article 9, paragraph 1, of the Convention, and Article 65 of the Committee's rules of procedure, as amended, the Committee requests that the State party inform it of its implementation of the recommendations contained in paragraphs 12, 15, 19 and 26 above, within one year of the adoption of the present conclusions.

35. The Committee recommends to the State party that it submit its twentieth and twenty-first periodic reports in a single report, due on 4 January 2010.

Der Menschenrechtsrat und die „Universal Periodic Reviews“ – ein neuer Anlauf der Vereinten Nationen zu einer glaubwürdigeren Menschenrechtsarbeit

Im März 2006 haben die Vereinten Nationen mit der Schaffung des neuen Menschenrechtsrates (als Teil der Gesamtreform der UN-Strukturen und – Mechanismen) einen neuen Anlauf zu einer glaubwürdigeren Menschenrechtsarbeit gemacht. Das neue, gegenüber der Menschenrechtskommission leicht verkleinerte Gremium (von 53 auf 47) wird direkt von der UN-Vollversammlung (mit jeweils absoluter Mehrheit) gewählt. Dabei haben Deutschland für den Block der ‚westlichen‘ Staaten und Indien für den Block der asiatischen Staaten jeweils die meisten Stimmen erhalten. Für die Wahl sollte entscheidend sein, welchen Beitrag die Kandidaten zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte bisher geleistet haben. Die in den Rat gewählten Mitglieder verpflichten sich, den höchsten Ansprüchen auf dem Gebiet der Förderung und des Schutzes der Menschenrechte gerecht zu werden und sollen freiwillige Zusagen und Verpflichtungen hinsichtlich der Förderung und zum Schutz der Menschenrechte abgeben.

Sie werden außerdem gleich zu Anfang ihrer Mitgliedschaft dem neuen universellen Überprüfungsmechanismus („Universal Periodic Review“) unterzogen. Er soll dazu dienen, die Erfüllung der Menschenrechtspflichten und – Zusicherungen der Staaten in einem „interaktiven

Dialog“ „objektiv und kooperativ“ auszuloten und einer kritischen Durchsicht zu unterziehen.

Dazu wird der Menschenrechtsrat, der seinen Sitz auch in Genf hat, zu mindestens drei Tagungen pro Jahr (einschließlich einer Haupttagung) mit einer Gesamtdauer von mindestens zehn Wochen zusammenkommen. Das ist deutlich mehr als bei der Menschenrechtskommission.

Die ersten Staaten, die diesem „Review“ unterzogen werden, sind die gegenwärtigen Ratsmitglieder. Indien ist bereits in der ersten Gruppe von 16 Staaten mit dabei und sein Bericht wird schon im April 2008 diskutiert. Zivilgesellschaftliche Gruppierungen haben das Recht, ebenfalls Berichte einzureichen (allerdings in limitierter Länge) und dürfen bei der Diskussion im Rat anwesend sein (ohne Rederecht). Das „Internationale Dalit Solidariäts Netzwerk“ hat unter der Federführung der „National Campaign on Dalit Human Rights“, des „Lutherischen Weltbundes“ und „IMADR's“ einen solchen „Schattenbericht“ erstellt und eingereicht. Es ist geplant, während der Sitzung im April auch ein „parallel event“ abzuhalten, zu dem die VertreterInnen der Ratsstaaten eingeladen werden und bei dem dieser Bericht vorgestellt und durch persönliche Zeugnisse einiger Opfer kastenbedingter Diskriminierungen untermauert wird.

Plattform-Partnerin trifft Kanzlerin Merkel in Mumbai

Am 1. November hatte Kanzlerin Merkel bei ihrem Besuch in Mumbai auch VertreterInnen von NRO's zu einem Treffen und Gedankenaustausch eingeladen. Die Plattform-Partnerin Manjula Pradeep, die das u.a. von Misereor geförderte Projekt Navsarjan in Gujarat leitet, war ebenfalls eingeladen worden und hatte dann Gelegenheit, der Kanzlerin 25 Minuten lang über die Situation der Dalits zu berichten. Hier ist ihr Bericht (in Übersetzung und leicht redigiert).

„Ich war sehr überrascht, als ich einen Anruf von Herrn Thummel, dem stellvertretenden Konsulatschef im Konsulat Mumbai, bekam. Er informierte mich darüber, dass die deutsche Bundeskanzlerin Mumbai besuche und ein Treffen mit Gruppen der Zivilgesellschaft wünsche, bei dem über das Problem des indischen Kastensystems und der indischen Minderheiten gesprochen werden solle und ich sei eingeladen, daran teilzunehmen. Selbstverständlich wollte ich diese Gelegenheit nicht verpassen, eine der stärksten Frauen der Welt zu sehen.

Bei ihrem dreitägigen Besuchs in Indien war dieses Treffen auf den letzten Tag gelegt worden. Es fand am 1. November im Hotel ‚Taj Palace‘ in Mumbai von 10 Uhr bis 11 Uhr statt. Außer mir nahmen noch 4 andere Mitglieder zivilgesellschaftlicher Gruppen an dem Treffen teil. Die Ministerin für Bildung und Forschung, Frau Annette Schavan, war ebenfalls anwesend.

Zu Beginn stellten wir uns alle vor und erläuterten kurz unsere Arbeit, die wir mit den Minoritäten machen. Unsere Lebensläufe hatten wir schon zuvor einreichen müssen.

Man spürte, dass die Kanzlerin das Kastensystem in Indien wirklich verstehen wollte und auch, wie es das Leben der betroffenen Menschen beeinflusst und bestimmt. Ich habe die Gesellschaft in Indien mit einem mehrstöckigen Haus verglichen, das keine Treppen hat. Deshalb ist es unmöglich, von einem Stockwerk (sprich: Kaste) zum anderen zu gelangen – weder von oben nach unten noch gar von unten nach oben. Man kann seine Kaste nicht wechseln, man ist hineingeboren und in der Regel sind Kasten („Jathis“) auch mit konkreten Berufen oder Tätigkeiten verbunden. Frau Merkel fragte, wie man denn einen Dalit erkennen könne. Ich antwortete, dass es im Dorf einfach sei, weil man sich kenne und die Dalits in ab- oder ausgegrenzten Vierteln des Dorfes oder ganz außerhalb wohnten. Außerdem würden die Kaste und die Religion auch in der Geburtsurkunde festgehalten und häufig verrate auch der Name die Kastenzugehörigkeit. Dann wollte die Kanzlerin wissen, ob sich der Status dieser Menschen verändere, wenn sie ihre Religion wechselten. Wir alle waren uns darin einig, dass ein solcher Wechsel keine wesentlichen Veränderungen mit sich brächte und die Identität kaum veränderte. So seien z.B. im Süden eine nicht ganz kleine Zahl von Menschen schon vor Generationen zum Christentum konvertiert, aber es hätte dann auch in den christlichen Kirchen kastenbedingte Diskriminierung gegeben, z.B. auf den Friedhöfen oder in den Kirchenräumen (getrenntes Sitzen). In diesem Zusammenhang haben wir dann auch darauf hingewiesen, dass die indischen Christen schon lange Zeit dafür kämpfen, dass auch sie in der Genuss der Reservierungsregelung kommen, von der sie bisher ausgeschlossen sind. Die Kanzlerin wollte dann auch noch wissen, wie das bei den Muslimen aussähe und ob es auch dort noch eine Kastenhierarchie gebe. Wir bestätigten dies und erläuterten, dass die muslimischen Sayyeds eine Funktion wie die Brahmanen einnähmen. Wir hatten alle das Gefühl, dass sich die Kanzlerin gut auf das Gespräch vorbereitet hatte und uns auch gut zuhörte und sehr präzise Fragen zum Einfluss des Kastenwesens auf die Religionen in Indien stellte. Speziell haben wir die Kanzlerin auch auf die Diskriminierung der Dalitkinder in den Regierungsschulen hingewiesen. Sie müssten in den Klassenzimmern abgesondert von den anderen Kindern sitzen und ebenso beim Mittagessen (das von der Regierung finanziert wird). Die Kanzlerin hat dann jeden von uns gefragt, ob wir die Reservierungsregelung, wie sie derzeit gelte, auch für die Zukunft für notwendig hielten. Wir alle bestätigten dies und ich habe noch zusätzlich darauf hingewiesen, dass es so lange bestehen bleiben müsse, wie es das Kastensystem gebe; die anderen

stellten noch heraus, dass auch für die Muslime die Quotenregelung angewendet werden müsse.

Ich habe dann auch noch den Bezug zur Weltkonferenz gegen Rassismus, die 2001 in Durban, Südafrika stattgefunden hatte, und zur letzten Sitzung des CERD-Komitees Anfang diesen Jahres hergestellt und darauf hingewiesen, dass sich die indische Regierung in der Zwischenzeit praktisch nicht bewegt habe. Noch immer weigere sie sich, über die kastenbedingten Diskriminierungen unter der Antirassismuskonvention zu berichten und Rechenschaft abzulegen, ja sie gehe sogar so weit, die Existenz solcher Diskriminierungen zu leugnen, obwohl sie gleichzeitig auch die entsprechenden Gesetze dagegen als Errungenschaft herausstelle. Außerdem habe ich noch versucht, die Wichtigkeit der Fortführung der Mandate der beiden Sonderberichterstatter zum Vorkommen kastenbedingter Diskriminierung hervorzuheben und habe darauf hingewiesen, dass diese in den nächsten Tagen ihren Bericht vorlegen werden. Die Behandlung dieses Berichts müsse aber noch in den neuen MR-Strukturen der Vereinten Nationen verankert werden.

Schließlich habe ich auch noch auf die Solidaritätsnetzwerke international und in Europa aufmerksam gemacht.

Wir alle haben dann noch die Bedeutung der internationalen Unterstützung für den Kampf gegen die kastenbedingte Diskriminierung hervorgehoben, die insgesamt ungefähr 260 Millionen Menschen in Südasien betreffe und wohl die älteste und inhumanste Sozialstruktur der Welt sei.

Zum Schluss ermunterte uns die Kanzlerin, auch weiterhin gegen diese Diskriminierung zu kämpfen und versicherte uns ihrer moralischen Unterstützung.“

Norwegischer RAFTO-Menschenrechtspreis für die „National Campaign on Dalit Human Rights“

Der Hauptausschuss der Thorolf Rafto Stiftung für Menschenrechte in Norwegen hat der indischen „National Campaign on Dalit Human Rights (NCDHR)“ den „Thorolf-Rafto-Gedenkpreis“ verliehen. Er soll nach dem Willen seines Namensgebers solche Individuen oder Gruppen auszeichnen, die „aktiv am Kampf für die Verwirklichung der Ideale und Prinzipien teilnehmen, die der Menschenrechtscharta zugrunde liegen oder selbst eine Verkörperung derselben sind“. Die Stiftung will mit dieser Auszeichnung den mutigen Kampf der NCDHR zur Förderung der Rechte der Dalits würdigen. „Mit ihren Bestrebungen weise sie darauf hin, dass die Diskriminierung und Unterdrückung der Dalits aus den Vorurteilen des Kastendenkens resultiere und dabei die universellen Menschenrechte massenhaft und schwerwiegend

verletzt würden“ heißt es in der Erklärung der Stiftung.

Die Rafto-Stiftung wurde nach dem Tod von Thorolf Rafto 1986 ins Leben gerufen – aus Dankbarkeit für seine langjährige Leistung für Unterdrückte und Verfolgte. Die Arbeit der Stiftung soll nach seinem Wunsch der Fortsetzung dieser Arbeit dienen.

Zur Preisverleihung am 4. November waren 3 Mitglieder der NCDHR (Paul, Vincent und Vimal Thorat), sowie 4 Mitglieder der Theater- und Tanzgruppe „CHINDU“ (die auch uns bei der Frankfurter Buchmesse verstärkt hatten) nach Norwegen gereist und haben den Preis entgegen genommen.

Atsuko Tanaka (IMADR) ist tot

Nach längerer und in den letzten Wochen sehr qualvoller Leidenszeit ist Atsuko Tanaka im August in Genf leider viel zu früh für uns alle gestorben. Auch eine Chemotherapie, der sie sich im letzten Jahr noch unterzogen hatte, brachte ihr nur kurzfristig ein wenig Aufschub und Milderung.

Das „Internationale Dalit Solidaritäts Netzwerk (IDSN)“ verliert mit ihr eine unermüdliche und versierte Kämpferin gegen die Diskriminierung aufgrund von Arbeit und Herkunft. Sie arbeitete als Verbindungsperson des „International Movement Against All Forms of Discrimination and Racism (IMADR)“, das vor allem gegen die Diskriminierung der Burakumin in Japan kämpft. Die Burakumin werden dort in ähnlicher Weise diskriminiert wie die Dalits in Indien. Sie hatte schon seit einigen Jahren versucht, eine Allianz zwischen den Burakumin, den Dalits und den Roma zu schmieden und war deshalb auch schon von Anfang an im IDSN aktiv. Sie hatte ihr Verbindungsbüro in Genf, kannte alle wichtigen Leute im dortigen Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte (UNHCHR) und arbeitete eng mit Peter Prove vom Lutherischen Weltbund zusammen. Gemeinsam waren sie die Architekten unserer Lobbyarbeit bei den Vereinten Nationen. In der letzten Zeit hatten sie v.a. noch daran gearbeitet, das Mandat der beiden Sonderberichterstatter für das ‚Vorkommen von Diskriminierung aufgrund von Arbeit und Herkunft‘ auch in die neuen Strukturen der Menschenrechtsarbeit der Vereinten Nationen hinüberzuretten. Es war Atsuko leider nicht vergönnt, diese Arbeit zum Abschluss zu bringen – sie hängt noch und es wird schwer sein, sie ohne ihre nette, aber doch entschiedene Art erfolgreich zu beenden. Wir und die Dalits verlieren mit ihr eine wichtige Kämpferin für die Sache der Menschenrechte.

Buch zur Ausstellung „Kunst und Menschenrechte“

Das von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Plattform DSiD herausgegebene Buch zur Ausstellung „Kunst und Menschenrechte“ ist fertiggestellt und kann über das Koordinationsbüro der

Plattform (w.hahn@brot-fuer-die-welt.org) bestellt werden.

Die Ausstellung war im Kontext der Frankfurter Buchmesse in Bonn organisiert worden und vereinigt Bilder des indischen Dalitkünstlers Savi Sawarkar, der südafrikanischen Künstlergruppe „Art for Humanity“ und anderer. Vorträge über den Zusammenhang von Menschenrechten, Unterdrückung und Gewaltökonomie geben zusammen mit einigen Gedichten der Dalitpoeten Jai Prakash Kardam (New Delhi) und Jyoti Lanjewar (Nagpur) – jene beiden, die wir für die Buchmesse eingeladen hatten – ganz wichtige Denkanstöße, gerade auch für Dalitfreunde und -freundinnen.

Ein ideales Weihnachtsgeschenk!

Dalit-Info Nr. 16 – November 2007

Herausgeber: Plattform Dalit Solidarität in Deutschland (DSiD); Koordinator: Walter Hahn,

Kontaktadresse: Staffenbergstraße 76, 70184 Stuttgart, Tel.: 0711/2159216, Fax: 0711/2159288

e-mail: w.hahn@brot-fuer-die-welt.org

Spenden für unsere Arbeit sind sehr willkommen.

Spendenkonto der Plattform bei: Postbank Frankfurt, Kto-Nr.: 944 522 604, BLZ: 500 100 60, Stichwort: Dalitsolidarität – Ph. Müller.

Website: www.dalit.de

In der „Plattform Dalit Solidarität in Deutschland“ arbeiten u.a. folgende Organisationen zusammen: Brot für die Welt, Evang.-Studentengemeinde II Frankfurt, das Zentrum Ökumene in Frankfurt, Evangelisches Missionswerk in Deutschland, Adivasi-Koordination, Aide à l'enfance de l'Inde (Luxemburg), Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, Andheri-Hilfe, Caritas, DESWOS, FIAN International, HEKS (Schweiz), das Hunger-Projekt, Indienhilfe Herrsching, Inkota, Missio Aachen, die Missionswerke in Südwestdeutschland, Nordelbien, Leipzig und Niedersachsen, der „Weltgebetstag der Frauen“ und viele Einzelpersonen aus dem Bereich von Aktionsgruppen, Publizistik und Wissenschaft, sowie Misereor und EED als Beobachter. Den Grundsätzen der Plattform entsprechend ist diese „Dalit-Info“ offen für Beiträge verschiedener Ansätze und Richtungen der Dalit-„Bewegungen“ in Indien und für die Netzwerke aus anderen südasiatischen Ländern bzw. über den Kreis des „International Dalit Solidarity Network“ (IDSN) hinaus. Die enge Verflechtung mit der Arbeit der indischen „National Campaign on Dalit Human Rights“ und dem IDSN ist jedoch wesentliche Voraussetzung der Informations- und Lobbyarbeit hier in Deutschland.